Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beul jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 36 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Donnerstag, den 12. Februar | Erscheint: wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt", Herd und Scholle", — „Für unsere Frauen" und „Am Abend". — | 1931

Die Lücke im Reichstag

Die Taktik der Rechtsopposition.

Noch keine Klarheit über die Wege.

Über die endgültigen Ziele der Rechtsopposition nach ihrem Auszug aus dem Reichstag herrscht noch Dunkel. Insbesondere ist noch nicht geklärt, ob die Sezession der einzelnen Parteien aus gleichen Gründen erfolgte oder teilweise, um gegen die Gesamtheit der Regierungsmaßnahmen zu protestieren, und teilweise aus Opposition lediglich gegen die Außenpolitik Curtius'. Mit anderen Worten, man weiß vorläufig noch nicht, ob die Rechtsopposition überhaupt ihre praktische Beteiligung an den Reichstagsarbeiten einstellen, oder nur bei der außenpolitischen Debatte fehlen wird. Mannigfache Gerüchte sind natürlich in den Wandelgängen des Parlaments verbreitet über die möglichen Schritte der Opposition. So verlautet, daß die Parteien der Rechtsopposition beabsichtigen, sich als „Parlament der nationalen Opposition" in Weimar aufzutun, eine Nachricht, die allerdings mit einigem Zweifel aufgenommen wird. In einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Oldenburg machte nämlich der Reichstagsabgeordnete Stubbendorff im Zusammenhang mit dem Auszug der Rechtsparteien aus dem Reichstag die Mitteilung, daß die nationale Opposition in Kürze ein Rumpfparlament aufzumachen beabsichtige. Von zuständiger Berliner Parteistelle der Deutschnationalen Volkspartei wird hierzu bemerkt, daß diese Mitteilung nicht den Tatsachen entspreche. Ferner heißt es, daß man vorhabe, lediglich als „Beobachter", wie sie ja beim Völkerbund so beliebt sind, im Reichstag zu bleiben. Wahrscheinlich besteht bei den ausgeschiedenen Fraktionen selbst noch keine Klarheit über die Art des weiteren Vorgehens, und es ist ja auch verständlich, daß man einen so weittragenden Schritt, wie ein eventuelles völliges Ausscheiden aus den parlamentarischen Arbeiten nicht ohne reifliche Überlegung tun wird.

*

Rumpf-Reichstagsausschüsse.

Die Rechtsopposition fehlt.

Im Reichstag waren der Haushaltsausschuß zur Weiterberatung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums und der Strafrechtsausschuß, der den Strafgesetzbuchentwurf weiterberät, zusammengetreten. Der Sozialpolitische Ausschuß beschäftigt sich mit dem Gesetzentwurf über die Entschädigung der gewerbsmäßigen Stellenvermittler und mit einer sozialdemokratischen Entschließung über die Neuregelung des Wohnwesens der Hausangestellten. An den Sitzungen dieser Ausschüsse haben weder die nationalsozialistischen noch die deutschnationalen Mitglieder teilgenommen. Der Roggenstützungsuntersuchungsausschuß setzte in einer vertraulichen Sitzung seine Arbeit fort. Er beschäftigte sich zunächst mit der polnischen Roggenkonvention. Die nationalsozialistischen Ausschußmitglieder und der Vertreter des Landvolkes waren nicht erschienen. Für die Deutschnationalen teilte der Abgeordnete Stubbendorff mit, daß er von seiner Fraktion die Weisung erhalten habe, an der Sitzung nicht teilzunehmen; er hoffe jedoch, schon in der Donnerstagsitzung wieder mitarbeiten zu können.

*

Reichstagspräsidium ohne Nationalsozialisten.

Die Beschlüsse des Ältestenrates.

Der Ältestenrat des Reichstages beschäftigte sich u. a. auch mit der durch das Fernbleiben der Rechtsopposition geschaffenen Lage. Es wurde beschlossen, am Donnerstag die Besetzung der frei gewordenen Posten des Vizepräsidenten und zweier Schriftführer vorzunehmen. Die in den Ausschüssen frei gewordenen Ämter werden von den bereits vorhandenen Stellvertretern übernommen. Die Ausschüsse, die bisher nationalsozialistische Vorsitzende hatten, werden also in Zukunft durch die Stellvertretenden Vorsitzenden einberufen. Am Donnerstag soll nach Vornahme der Ersatzwahlen die Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums beginnen. Außer den drei Tagen um Fastnacht sollen auch die beiden letzten Februartage sitzungsfrei bleiben.

Als voraussichtlicher neuer Vizepräsident wird Freiherr von Kardorff (D. Vp.) genannt.

*

Appell des Landvolks an die Rechtsopposition.

Drohender Schaden für die Landwirtschaft.

Die Parteileitung der Deutschen Landvolkpartei teilt mit: „Im Haushaltsausschuß des Reichstages ist der Antrag der Fraktion Deutsches Landvolk auf Erhöhung des Brennrechtes für landwirtschaftliche Brennereien auf 100 Prozent abgelehnt worden, weil die Vertreter der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen auf Grund ihres Auszuges aus dem Reichstage fehlten.

Diese Ablehnung eines landwirtschaftlichen Antrages ist die erste Folge der nationalsozialistischen Obstruktion und stellt eine schwere Benachteiligung der Landwirtschaft dar. Deutschnationale und Nationalsozialisten können die schwere Gefahr von der Landwirtschaft nur abwenden, wenn sie sofort wieder praktische Arbeit im Interesse der nationalen Wirtschaft leisten.

Glimmendes Feuer

Außenpolitische Aussprache im Reichstag.

Rätselraten in den Wandelgängen.

Wenn im Reichstage das Bächlein der Debatte, ohne über Klippen zu schäumen und Spritzer aufzuwerfen, sanft dahinplätschert und meist nur die Partei des Redners im Sitzungssaale anwesend ist, dann sprießen in den Wandelgängen die Gerüchte empor. Manchmal sind es nur mehr oder weniger interessante Witze, aber namentlich in solcher gespannten innenpolitischen Situation wie die ist, in der sich der Reichstag jetzt befindet, schießen sie schnell und üppig empor, um allerdings bisweilen auch ebenso schnell zu verdorren. Man — vermißt ja die Opposition! Gegenseitig war man der Stein, aus dem sich Funken schlagen ließen. Was werden die Sezessionisten tun? Da man es nicht genau weiß, „erzählt man sich . . .", erzählt man sich Richtiges und Falsches. Von einem Rumpfparlament in Weimar sprach man schon vor ein paar Tagen und jetzt übt man sich im Rätselraten, wann wohl die Deutschnationalen wieder zur Reichstagsarbeit zurückkehren werden. Einen Augenblick verweilt man noch bei dem Konflikt in der Partei des Deutschen Landvolks, über den von den Nichtsezessionisten dieser Partei eine ziemlich scharfe Erklärung abgegeben worden ist. Hier wird behauptet, es käme zur Spaltung, dort wird dies aus sogenanntem maßgebenden Munde dementiert. Dann erzählt man sich, daß das Gerücht von der Sezession nach Weimar doch nicht ganz so unrichtig sei, wie ursprünglich allseits geglaubt wurde. Aber man hört auch wiederum davon, daß schon die ersten Ansätze zur „Versöhnung" mit den Deutschnationalen gemacht worden seien. Und eigentlich: bei beiden „feindlichen" Parteien herrscht über die Explosion am Vortage durchaus keine reine Freude.

Kein Gerücht allerdings mehr ist es, daß die Nationalsozialisten tatsächlich aus dem Reichstag verschwunden sind mit Ausnahme des bisherigen Vizepräsidenten Stöhr, der als „Gemse", wie der parlamentarische Ausdruck lautet, also als Horchposten oder, wenn man will oder doch hoffen mag, als Verbindungsmann zurückgeblieben ist. Man glaubt ja auch nicht, daß die Dinge wirklich auf die Spitze getrieben werden, hütet sich infolgedessen, unnötiges Öl ins glimmende Feuer zu gießen. Auch soll man — eine alte Erfahrung — von Gerüchten im Parlament nur die Hälfte glauben.

Natürlich steht der Absicht nichts entgegen, den Haushalt des Reichsaußenministeriums in der Sitzung zu Ende zu bringen und dem Minister das Gehalt zu bewilligen. Eigentlich Neues hört man in der Debatte ja doch nicht mehr. Auch Graf Westarp, eines der ältesten Mitglieder dieses Hauses, spricht nach langem Schweigen wieder einmal zur Außenpolitik. Aber er, ebenso wie die anderen Redner des Tages, gehen in ihren Ausführungen vorsichtig um die Gerüchte. Diese wachsen auf Sumpfboden, und den betritt niemand gern. Kaum wird angespielt auf die letzten Ereignisse. Auch das ist besser. Das Wort von dem „goldenen Brückenbauen" hat gerade in solch ernsten Zeiten wie den jetzigen seine ganz besondere Berechtigung.

*

Sitzungsbericht.

(23. Sitzung.) CB. Berlin, 11. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Reichshaushalts für 1931 beim Haushalt des Auswärtigen Amtes. Damit ist verbunden eine Reihe von Mißtrauensanträgen der Deutschnationalen und der Kommunisten gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verwahrt sich Abg. Döbrich (Landvolk) in einer Erklärung gegen Vorwürfe von nationalsozialistischer und deutschnationaler Seite. Die Landvolkpartei sei weder eine Tribut- noch eine Young-Partei. Sie weise mit Entrüstung die Äußerung des Abg. Dr. Wendthausen zurück, die Landvolkpartei könne sich

nicht zur nationalen Opposition rechnen.

Allerdings lasse sich seine Partei ihre Maßnahmen nicht von anderen Parteien vorschreiben und ihre Einstellung zur Regierung habe sich nicht geändert. Sie stehe zu ihr in zwar nicht grundsätzlicher, aber sachlicher Opposition. Aus Verantwortungsgefühl werde sich die Landvolkpartei auch

weiter an den sachlichen Beratungen des Parlaments beteiligen.

Sie habe auch der Änderung der Geschäftsordnung zugestimmt, wie sie früher wiederholt von den Deutschnationalen gefordert und von den Nationalsozialisten im Thüringischen Landtag sogar eingeführt worden sei.

Darauf wird in die Aussprache eingetreten und Abg. Stöcker (Komm.) warnt die Arbeiterschaft davor, sich durch den Auszug der Rechten aus dem Reichstag darüber hinwegtäuschen zu lassen, daß in der Außenpolitik eine Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten bestehe. Millionen von Erwerbslosen würden am 25. Februar in allen Ländern der Welt gegen den Raubkapitalismus aufmarschieren.

Abg. Mollath (Wirtschaftsp.) beschäftigt sich besonders mit den Verhandlungen des Studienausschusses für europäische Zusammenarbeit. Berechtigt sind die Zweifel an der unbedingten

Aufrichtigkeit unserer Verhandlungspartner.

Das ergibt sich eindeutig aus ihrem Verhalten in der Abrüstungs-, Minderheiten- und besonders der Reparationsfrage. Hinsichtlich der Durchführung des Ratsbeschlusses in der Minderheitenfrage durch Polen kann man schwere Befürchtungen nicht unterdrücken, die durch die Auslegung der Ratsbeschlüsse in der polnischen Presse noch unterstrichen werden. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit muß zu jeder Stunde seine Forderung auf

Wiederherstellung seiner Ehre in alle Welt hinausschreien.

Fällt dieses Wahngebilde der angeblichen deutschen Kriegsschuld, dann fällt auch die moralische Berechtigung, von uns Reparationen zu fordern. Zum Schluß erklärt der Redner, daß auch seine Partei sich zur nationalen Opposition rechne, daß sie es aber für richtiger halte, von der Tribüne des Reichstages für Deutschlands Ehre und Freiheit zu kämpfen, statt die Flucht zu ergreifen und diese Dinge lediglich in einer wilden Agitation zu behandeln.

Abg. Hepp (Dt. Landvolk) bezweifelt die Zweckmäßigkeit des Vorgehens der nationalen Opposition, zu der sich übrigens auch das Landvolk rechnet. Die Außenpolitik der Reichsregierung

halte das Landvolk nicht für richtig.

Er gibt der Befürchtung Ausdruck, daß die französische Zustimmung in den Minderheitenfragen bezüglich Polens mit deutschen Zugeständnissen in der Abrüstungsfrage verknüpft sei. (Zwischenruf Dr. Curtius: Ich habe keinerlei Zusicherungen gegeben.) Ein Polen, das die deutschen Minderheiten so drangsaliere, könne selbst für einen Handelsvertrag nicht in Frage kommen. (Sehr richtig! beim Deutschen Landvolk.) Deutschland habe

kein Vertrauen zum Völkerbund mehr.

Eine Kreditaufnahme bei Frankreich würde uns noch stärker in die Abhängigkeit unserer schärfsten Gegner bringen.

Redner betont, daß seine Freunde nach wie vor der Außenpolitik des Ministers mit Mißtrauen gegenüberständen.

Abg. Sinzendörfer (Christlichsoz. Volksdienst) erkennt zwar an, daß der Außenminister in Genf den Minderheitenschutz nicht ohne Geschick und Erfolg vertreten habe, doch wäre man in der Einschätzung dieses Erfolges sehr skeptisch. Es ist zweifelhaft, ob Polen die verlangten Abhilfemaßnahmen auch ergreifen werde. Ein Zurückweichen in diesem Punkte würde die deutsche Regierung

vor der Geschichte niemals verantworten können.

Nachdem der Redner sich noch mit der Abrüstungskonferenz beschäftigt hat, endet er seine Rede: Die 1918 abgeschlossenen Verträge können einen auf Wahrheit und Recht ruhenden Frieden nicht aufbauen.

Die Abänderung der Verträge sei der einzige Ausweg. Die Kriegsschuldlüge müsse von der deutschen Regierung zerstört werden.

Graf von Quadt (Bayer. Vp.) beschäftigt sich ebenfalls mit der Minderheitenfrage und geht dann besonders auf das Abrüstungsproblem ein. Die Ablehnung des Konventionsentwurfs der Abrüstungskommission war eine Selbstverständlichkeit

denn auch künftig würden dem Hunderttausendmannheer Deutschlands 740 000 französische und belgische und im Osten 450 000 polnische und tschechische Soldaten schlagfertig gegenüberstehen.

Trotz Locarno und Kellogg-Pakt hat Frankreich nicht eine einzige Million von seinem Heeres- oder Marineetat gestrichen, und trotz des vom Völkerbund verbotenen Gaskrieges unterhält Frankreich eine ungeheure Zahl von Bombenflugzeugen und Giftgasfabriken.

Wenn dieser Vertragsbruch der anderen fortgesetzt wird, dann müssen wir erklären, daß wir uns unsere Handlungsfreiheit in der Rüstungsfrage zurücknehmen.

Bei dem Reparationsproblem machen wir eine Abenteuerpolitik so wenig mit wie auf jedem anderen Gebiete. Die Mißtrauensanträge gegen den Reichsaußenminister wird die Partei des Redners ablehnen. (Beifall bei der Bayer Vp.)

Abg. Dr. Reinhold (Dt. Staatspartei) streift im Anfang seiner Ausführungen kurz das Verhalten der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten und begrüßt es dann, daß der Minister mit aller Klarheit festgestellt habe,

Deutschland könne die in Versailles diktierten Ostgrenzen nicht anerkennen.

Dann beschäftigt sich Dr. Reinhold mit der Kriegsschuldlüge, gegen die der Außenminister einen so scharfen Protest erhoben habe. Es sei Aufgabe der historischen Untersuchung, die geschichtliche Wahrheit hierüber zu schaffen. Wer jetzt den Austritt aus dem Völkerbund verlange, beweise damit, daß er sich des wichtigsten Mittels, den deutschen Minderheiten einen Schutz zu gewähren, ausdrücklich begeben wolle. Das sei nur eine Politik der Phrase. Klarheit der Ziele und Folgerichtigkeit der Methode seien entscheidend für die deutsche Außenpolitik.

Abg. Abel (Volksnationale Reichsvereinigung) betont, daß der Antrag seiner Freunde auf Austritt aus dem Völkerbund vor dem Bekanntwerden der Erfolge des Außenministers eingebracht worden sei. Wenn andere Parteien jetzt einen solchen Antrag einbringen, so würden sie damit nur erreichen, daß sich die gesamte Weltöffentlichkeit gegen Deutschland wende. Wir sind nicht so töricht zu behaupten, daß Dr. Curtius in Genf gar nichts erreicht hätte, die Erfolge sind aber keineswegs befriedigend. Insbesondere muß der Minderheitenschutz in Polen noch stärker gesichert werden. Ferner müsse aller Welt offenkundig gemacht werden, daß die Behauptung von der Kriegsschuldlüge Deutschlands

die größte Lüge der Geschichte

ist und daraus eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit gemacht wurde. Die Illusion, man könne von Amerika einen Schuldennachlaß erhoffen, wird platzen, wie eine Seifenblase. Seine Partei warte noch weitere Erklärungen ab, ehe sie sich über ihre Stellungnahme zu Dr. Curtius schlüssig wird.

In der Außenpolitischen Aussprache im Reichstage nahmen noch die Abgg. Breitscheid (Soz.) und Westarp (Kons. Vp.) das Wort. Es folgt die Abstimmung. Die Mißtrauensanträge der Opposition werden abgelehnt: das Haus geht zur Tagesordnung über. Über den kommunistischen Mißtrauensantrag wird namentlich abgestimmt. Für Dr. Curtius stimmen 265 Abgeordnete, gegen Dr. Curtius 87 Abgeordnete, die Kommunisten und das Landvolk. Damit ist die Sitzung zu Ende.

Morgen Neuwahl des Vizepräsidenten und zweier Schriftführer. Die Beratung des Haushalts wird fortgesetzt.

Der „Griff nach der Reichsbank".

Inflation oder Deflation?

In einer deutschnationalen Führersitzung sprach der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, über das Thema „Die deutsche Wirtschaft in den Fesseln des Tributplanes".

Dr. Oberfohren wies u. a. auf die kürzlich gefallenen Worte des Parteiführers Hugenberg hin, wo dieser u. a. gesagt hatte: „Weiß die Regierung Brüning nicht, daß wir gegenwärtig schon in einer erheblichen Deflationserscheinung leben, und daß somit damit zu rechnen ist, daß unsere Gegner bei irgendwelchen außenpolitischen Schwierigkeiten ihre Devisen zurückziehen werden und damit der Goldbestand der Reichsbank geschwächt werden kann?" Hugenberg habe mit diesen Worten auf eine Angelegenheit von größter Wichtigkeit hingewiesen. Was geschehe z. B., wenn bei irgendwelchen außenpolitischen Komplikationen die Tributstaaten sagen würden: „Deutschland erhält keine Kredite mehr, wir nehmen keine Sachlieferungen mehr an und gebt uns unsere Kredite zurück?" Diese Fragen seien entscheidend für Deutschland geworden. Schon heute habe Deutschland neben den ungeheuren langfristigen Krediten eine kurzfristige Verschuldung an das Ausland von 7 bis 8 Milliarden Mark. Sachkenner schätzten die wirkliche Höhe sogar auf 10 Milliarden Mark. Der gesamte Goldbestand der Reichsbank betrage dagegen 2 Milliarden Mark. Nun stelle man sich vor, das internationale Weltkapital würde, wenn eine Rechtsregierung käme, diese zum Platzen bringen wollen. Die Kündigung der Kredite würde eine Herausgabe der Devisen zur Folge haben. Das bedeute den Griff nach der Reichsbank. Weiter aber würden die Zahlungsmittel in ihrem Umlauf eingeschränkt werden. Die Kredite im Inland wären zurückgezogen und Wechsel könnten nicht mehr begeben werden. Die Folge wäre die Deflation, also ein Mangel an Zahlungsmitteln. Was schlimmer sei, eine Inflation oder Deflation, darüber seien sich die Gelehrten einig. Der Augenblick, hierauf hinzuweisen, sei schon viel zu spät. Die Neuaufnahme kurzfristiger Kredite werde diese Gefahr vergrößern. Aber die Regierung sei auf die fortlaufende Hereinnahme von Krediten angewiesen, weil sie eben sonst mit ihrem Haushalt nicht zurechtkomme.

Aus eigener Kraft.

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.

In den Hafennachrichten für Verlader veröffentlicht Geheimrat Cuno einen Artikel über „Ein Jahrzehnt Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte". Nach einem Rückblick auf Absturz und Aufstieg, Konsolidierung und Ausbau der deutschen Flotte weist er darauf hin, daß heute die deutsche Handelsflotte überall auf den Meeren wieder so geachtet sei wie vor dem Kriege. Unsere Flotte sei modern und halte den Vergleich mit den ausländischen Flotten in jeder Hinsicht aus. Die deutsche Schiffahrt — ganz auf eigene Kraft gestellt, ohne Subventionen, ohne Kolonien und Mandate — befinde sich in einer Zeit ernstester Weltwirtschaftskrise einer ausländischen Schiffahrt gegenüber, von der die meisten Flaggen — durch Staatsbeihilfen gehoben und durch die Wirtschaft eines machtvollen Heimatlandes unterstützt — einen erheblichen Vorsprung hätten. Sosehr die Handelsschiffahrt immer international und auch den Beförderungsbedürfnissen aller anderen Länder dienstbar bleiben müsse, sowenig werde die deutsche Schiffahrt in diesem ungleichen Wettbewerb ihren Platz als Exponent der heimischen Wirtschaft behaupten können, wenn nicht in viel wirksamerer Weise als bisher Reisende und Außenhandel sich vorzugsweise ihrer bedienen und die Regierungsstellen außerhalb des Gebietes der Subventionen ihrer Entwicklung vermehrtes Verständnis entgegenbringen. Von der Mitarbeit des Binnenlandes werde es nicht zuletzt abhängen, ob und inwieweit die deutsche Schiffahrt in der Lage sein werde, die in ihr investierten Kapitalien angemessen zu verzinsen. Was von der Schiffahrt selbst dazu getan werden könne, sei geschehen. Wenn die Berichte und Ergebnisse des Jahres 1930 trotzdem im allgemeinen nicht wesentlich mehr als die Erhaltung der Kapitalien aufweisen, so sei daran einzig und allein die katastrophale Lage des Weltmarktes schuld, nicht aber die deutsche Schiffahrt.

Drei Bergarbeiter erhalten einen Invaliden.

Die Grubenkatastrophen und die Knappschaft.

In Nieder-Hermsdorf fand eine Bergarbeiterkundgebung statt, in der angesichts der katastrophalen Lage der Knappschaftspensionskasse Reichshilfe für die Reichsknappschaft gefordert wurde.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es u. a.: Die wiederholten Grubenkatastrophen haben der bergmännischen Sozialversicherung der Reichsknappschaft Lasten auferlegt, die von dieser allein nicht mehr getragen werden können. Durch die Rationalisierung des Bergbaues sind in wenigen Jahren Hunderttausende von Bergarbeitern entlassen worden, wovon ein großer Teil der Pensionsversicherung zur Last fiel. Um einen Ausgleich zu erzielen, müssen entweder die Leistungen vermindert oder neue Mittel beschafft werden. Der Weg einer Leistungsverminderung würde aber bedeuten, daß die Invalidenpension um die Hälfte gekürzt werden müßte. Eine derartige Maßnahme ist nicht diskutabel. Unmöglich ist auch eine weitere Beitragserhöhung, da jetzt bereits zwei bis drei aktive Bergarbeiter mit ihren Knappschaftsbeiträgen einen Invaliden durchhalten müssen. Die versammelten Funktionäre der Bergarbeiterverbände ersuchen daher die Reichsregierung, in erster Linie den Reichsarbeitsminister, Maßnahmen zur Behebung der finanziellen Schwierigkeiten der Knappschaftspensionsversicherung zu treffen.

Aus unserer Aktenmappe.

Überladene Lastwagen.

Vielfach werden Lastkraftwagen mit Anhänger über die in der Kraftfahrzeugverkehrsordnung festgesetzten Höchstgewichte hinaus beladen. Die Landstraßenverkehrsstreifen und die Wegepolizei prüfen mit Wiegeapparaten nach, ob das Höchstgewicht überschritten ist. Bestrafung der Führer und Untersagung der Fahrten sind die Folge. Hierdurch kommen sowohl die Fuhrunternehmer wie auch die Vertragsgegner, mit denen die Fuhrunternehmer Fuhrleistungsverträge abgeschlossen haben, häufig in eine schwierige Lage. Es empfiehlt sich daher für beide Teile, bei den Fuhrleistungsverträgen von der Einhaltung der Gewichtsvorschriften auszugehen. Der Magistrat der Stadt Berlin hat neuerdings das Verbot der Überladung ausdrücklich in die Bau- und Fuhrleistungsverträge übernommen. Auch der Regierungspräsident in Liegnitz hat in einer Rundverfügung an die nachgeordneten Behörden angeregt, dem Beispiel der Stadt Berlin zu folgen.

Handwerksbetrieb oder Fabrik?

Der Begriff „Fabrikation" (z. B. Holzwarenfabrikation, Blechwarenfabrikation usw.) hat mit „Fabrik" das Merkmal einer kaufmännischen Organisation und Betriebsweise gemeinsam und kann daher nach Ansicht der Dresdener Handelskammer nur bei firmenpflichtigen Unternehmen, nicht aber bei Handwerksbetrieben anerkannt werden.

Die eidesstattliche Versicherung im Steuerverfahren.

Der Reichsfinanzhof hat kürzlich ausgeführt, daß die eidesstattliche Versicherung im Besteuerungsverfahren kein Beweismittel in dem Sinne ist, daß der Steuerpflichtige die Abnahme der Versicherung, wenn er sie anbietet, verlangen kann. Die Auferlegung einer eidesstattlichen Versicherung kommt vielmehr nur in Frage, wenn sie den Behörden geeignet erscheint, ihnen die Überzeugung von der Wahrheit der behaupteten Tatsachen zu verschaffen oder die Beweiskraft entgegenstehender Tatsachen zu beseitigen. Der Steuerpflichtige hat also keine Möglichkeit, zu erzwingen, daß er zu einer eidesstattlichen Versicherung zugelassen wird, um andere Beweismittel zu entkräften.

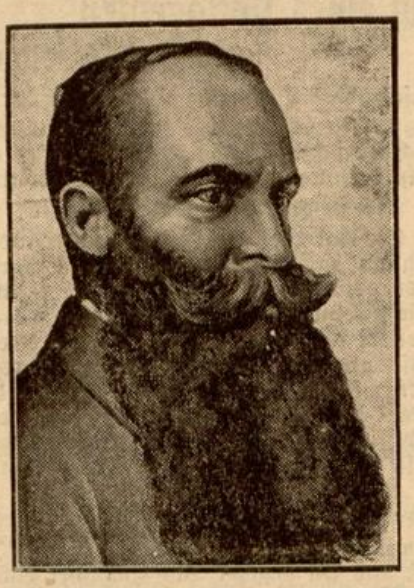
Die verschwundenen Postanweisungen.

Ein Oberpostsekretär hatte einen geringen Geldbetrag, der auf Postscheckkonto eingezahlt worden war, für sich zurückbehalten und die Zahlkarte vernichtet. Nach wenigen Tagen erstattete er indessen den Betrag aus einer anderen Einzahlung. Dieses Verfahren wiederholte er noch ein paarmal, zahlte aber schließlich den letzten Betrag aus eigener Tasche wieder ein. Obwohl also niemand geschädigt war, kamen die Unregelmäßigkeiten heraus und der Oberpostsekretär wurde, zumal er einen Brief des Postscheckamtes, in welchem nach dem Verbleib von Zahlkarten recherchiert wurde, vernichtet und durch einen gefälschten ersetzt hatte, wegen fortgesetzter schwerer Amtsunterschlagung, Urkundenvernichtung usw. zu Zuchthaus verurteilt. In der Revisionsinstanz wurde das Urteil aufgehoben und zurückverwiesen. Die Strafkammer hatte einen Beweisantrag auf Vernehmung der drei Schwestern des Angeklagten abgelehnt, die darüber hatten aussagen sollen, daß der Angeklagte, übrigens ein Quartalssäufer, mit Geisteskrankheit erblich belastet sei. Wenn es auch richtig sei, daß die Schwestern ein derartiges „Gutachten" nicht hätten abgeben können, so sei der Sinn des Beweisantrages doch offenbar der gewesen, daß die Schwestern erklären sollten, der Angeklagte sei durch ererbte Trunksucht in seiner Willensfreiheit gehemmt gewesen, so daß ihm der Schutz des § 51 nicht hätte versagt bleiben dürfen.

Falsche Steuererklärung keine Steuerhinterziehung.

Der Zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat folgende Entscheidung erlassen: Es liegt in dem zu beurteilenden Falle nicht vollendete, sondern nur versuchte Steuerhinterziehung vor, denn es sind nicht die Erklärungen des Angeklagten zur Grundlage der Steuerberechnung gemacht worden, sondern die Steuerbehörde hat die Steuer im Ermittlungsverfahren selbst festgesetzt. Durch die Handlungsweise des Angeklagten sind also Steuereinnahmen nicht verkürzt worden.

Der österreichische Ackerbauminister wandert aus?



Der österreichische Ackerbauminister Adolf Thaller, der als kleiner tirolerischer Bauer an die Spitze seines Ministeriums berufen wurde, soll die Absicht haben, zurückzutreten, um mit 20 tirolerischen Bauernsöhnen nach Paraguay auszuwandern und dort eine österreichische Siedlung zu begründen, da er an der wirtschaftlichen Zukunft Österreichs verzweifle.

Getreidevorräte und Absatzaussichten.

Geringere Vorräte als im Vorjahr.

Das Ergebnis der von der Preisberichtstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat am 15. Januar 1931 durchgeführten Erhebung über die in den Händen der Landwirtschaft noch befindlichen Vorrats- und Verkaufsmengen ergibt, daß bei allen Getreidearten die noch vorhandenen Vorräte unter denen des Vorjahres liegen. Selbst die Weizenbestände sind infolge des stärkeren Rückganges trotz der besseren Ernte unter den vorjährigen zu veranschlagen.

Bei den noch zum Verkauf zur Verfügung stehenden Vorräten zeigt es sich, daß vom Weizen nur noch geringere Mengen als im Vorjahre verkaufsverfügbar sind. Die glatte Unterbringung des restlichen Weizens dürfte unter dem Einfluß des Weizenzolles und des für Februar und März auf 75 Prozent festgesetzten Vermahlungszwanges als gesichert gelten. Die Verkaufsmengen beim Roggen haben seit dem 25. Dezember 1930 um fünf Prozent abgenommen und sind auch mengenmäßig unter den in der gleichen Zeit des Vorjahres noch vorhandenen Beständen anzunehmen. Wenn somit auch eine Entlastung der Versorgungslage beim Roggen unzweifelhaft zu verzeichnen ist, so muß aber der Landwirtschaft trotz alledem noch immer die Verfütterung anempfohlen werden. Wenn auch von der Sommergerste gleichfalls nur noch weit geringere Mengen als im Vorjahre zum Verkauf verfügbar sind, so läßt sich aber aus der bisherigen Entwicklung ersehen, daß die Landwirtschaft weiter größere Mengen verfüttern will, was angesichts der derzeitigen Marktlage für Braugerste nur begrüßt werden kann. Auch beim Hafer dürften der Landwirtschaft, trotz der weit unter dem Vorjahre liegenden Verkaufsmengen, keine Verkaufsabsichten anzuempfehlen sein, zumal mit einer Wiedereinführung der Einfuhrscheine vor Beginn des neuen Etatsjahres schwerlich zu rechnen sein dürfte.

Bei den Kartoffeln liegen die Gesamtvorräte und die Verkaufsmengen prozentual ungefähr mit denen des Vorjahres gleich. Bei der Rekordkartoffelernte des letzten Jahres übersteigen aber die tatsächlich noch vorhandenen Kartoffelmengen erheblich die des Vorjahres. Sofern den dringenden Forderungen der Landwirtschaft auf baldige Erhöhung des Brennrechtes und Einführung eines Beimischungszwanges von Spiritus in ausreichender Quote nicht Rechnung getragen wird, dürfte eine glatte Verwertung der diesjährigen Kartoffelernte nicht zu erwarten sein, zumal die Unterbringung größerer Mengen im Ausfuhrgeschäft in den letzten Tagen etwas nachgelassen hat.

Ist der Personenverkehr zeitgemäß?

Der außerordentlich starke und schnelle Aufschwung des Kraftwagenverkehrs macht den Bahnbetrieben die Monopolstellung, die sie bisher im Fernverkehrswesen innehatten, mehr und mehr streitig. Die Abwanderung des Publikums zum Kraftwagen macht sich sogar bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft recht fühlbar, so daß auch sie damit rechnen und sich umstellen muß.

Welches sind nun wohl die Ursachen dieser starken Vorliebe des Publikums für den Kraftwagen?

Jeder, der einmal einen Personenzug, gleichviel ob auf Voll- oder Nebenbahnen, benutzt hat, kann die Antwort geben und bestätigen, daß die Bahnen bisher dem Fortschritt in keiner Weise Rechnung getragen haben und heute noch Zustände zeigen, wie man sie vor dreißig oder vierzig Jahren gewöhnt war. Noch heute überschreiten die Züge auf den Klein- und Nebenbahnen selten eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 25—30 Kilometern in der Stunde. Die Wagen sind meist schlecht abgefedert und die Abteile von unbehaglicher Enge.

Die Beleuchtung durch Gas oder Petroleum, in manchen Fällen sogar noch durch Kerzen ist so dürftig, daß es nicht möglich ist, die lange Fahrzeit durch Lektüre zu kürzen. Unter diesen Umständen wird ein stundenlanger Aufenthalt im halbdunklen Eisenbahnabteil als äußerst unangenehm empfunden.

Mit der Beleuchtung hängt auch die Frage der Sicherheit zusammen. So unzulänglich wie die Wagen sind auch die Lokomotiven beleuchtet. Noch vor kurzem wurde ein Autofahrer verurteilt, dessen Wagen an einem Bahnübergang von einem Zuge zertrümmert wurde. Verhandlung und Lokaltermin ergaben, daß die Petroleumlaternen der Lokomotive über zehn Meter hinaus kaum mehr zu erkennen waren. Diese und ähnliche Unfälle ereignen sich fast täglich.

Es ist nun wahrlich an der Zeit, daß die Bahnen sich auf neuzeitlichen Betrieb umstellen und dem Publikum alle zeitgemäße Bequemlichkeit und Sicherheit bieten. Man spreche nicht von schwieriger Wirtschaftslage oder Geldknappheit, die für alle Unternehmen bestehen. Diese müssen mit der heutigen Entwicklung Schritt halten, wenn sie lebensfähig bleiben wollen.

Auch die Bahnen müssen sich nun endlich dazu entschließen, die elektrische Beleuchtung einzuführen und die Lokomotiven mit einem Scheinwerfer zu versehen, wie es von jedem Kraftwagen und von jedem Motorrad gefordert wird. Denn nur so kann der Lokomotivführer die Strecke überblicken und Signale oder etwaige Hindernisse rechtzeitig erkennen, während die Lokomotive in genügender Entfernung von den Wegebenutzern bemerkt werden kann.

Der wirtschaftliche Vorteil dieser auf der Lokomotive angebrachten Stromquelle besteht in der Möglichkeit, den ganzen Zug elektrisch zu beleuchten. Es ist also kein weiterer Brennstoff mitzuführen. Kein gefährliches Gas mehr! Keine Explosions- und Brandgefahren! Helles Licht in den Abteilen, so daß jeder Reisende bequem lesen kann und eine stundenlange Fahrt besser überwindet.

Aber noch andere Klagen werden verstummen. Von derselben Stromquelle können Ventilatoren gespeist werden, wodurch der Aufenthalt in überfüllten Abteilen erträglicher wird. Die Wagen können elektrisch geheizt und die elektrische Heizung kann reguliert und je nach Bedarf ein- und ausgeschaltet werden.

Wärmeplatten wärmen Getränke und sorgen für das Wohlbefinden mitreisender Kinder, während elektrische Anzünder in den Rauchabteilen die Bequemlichkeit der Reisenden noch erhöhen.

Alles das sind keine übertriebenen oder unerfüllbaren Zumutungen, sondern allgemeine Errungenschaften der Technik, die heute niemand missen möchte und die sich mit verhältnismäßig geringen Mitteln auch auf den Bahnen einführen lassen. Die Bahnen müssen aber endlich etwas tun, wenn sie dem Wettbewerb des Kraftwagenverkehrs erfolgreich entgegentreten wollen. Auch da, wo eine Benutzung des Kraftwagens nicht möglich ist, hat das Publikum einen Anspruch auf menschenwürdige und zeitgemäße Beförderung.

Welt und Wissen

w. **Der Wiener Maler und Zeichner Moritz von Schwind,** dessen Todestag sich am 8. Februar zum sechzigsten Male jährt, gehört als Vertreter der gemütvollen deutschen Romantik zu den Lieblingen des deutschen Volkes. Seine bedeutendsten Ölgemälde sind „Ritter Kurts Brautfahrt" und die köstliche „Hochzeitsreise". Der „Sängerkrieg", die „Symphonie", die Fresken auf der Wartburg, die Wandbilder aus der Musikgeschichte im Wiener Opernhause und eine große Anzahl kleinerer Bilder zeugen für Schwinds große Künstlerschaft. Seine hervorragendsten und populärsten Werke aber sind die durch zahlreiche Vervielfältigungen bekanntgewordenen Märchenbilderfolgen, die einzigartige deutsche Kunstschöpfungen bleiben werden.

w. **Die Ermordung des Afrikareisenden Eduard Vogel.** Am 8. Februar 1856, also vor 75 Jahren, wurde in Innerafrika der deutsche Afrikareisende Eduard Vogel ermordet. Als eines Schulmannes Sohn in Krefeld geboren, wurde Vogel, der Naturwissenschaften und Astronomie studiert hatte, 1853 von der englischen Regierung mit der Führung einer Expedition nach Innerafrika betraut. Die Nachrichten über seine Forschungsfahrten, die zu wertvollen Ergebnissen führten, reichten bis zum 1. Dezember 1855. Dann hörte man nichts mehr von ihm. Die jahrelange Ungewißheit über sein Schicksal rief Unternehmungen zu seiner Rettung hervor. Aber erst 1873 erlangte man durch den Afrikaforscher Nachtigal Aufklärung über Eduard Vogels Schicksal. Man erfuhr, daß er am 1. Januar 1856 nach den Nilländern aufgebrochen und daß er am 8. Februar 1856 in Wara ermordet worden war.

Verbot von Versammlungen und Umzügen in Braunschweig.

Da am 21. und 22. Februar mehrere Vereinigungen und Verbände in Braunschweig Kundgebungen der verschiedensten Art, vor allem auch Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge zu veranstalten beabsichtigen, hat das Polizeipräsidium alle diese Veranstaltungen für Sonnabend, dem 21., und Sonntag, dem 22. Februar, verboten, und zwar mit dem Hinzufügen, daß bei der gegensätzlichen politischen Einstellung und bei der starken Erregung, die in weiten Bevölkerungskreisen herrsche und in letzter Zeit wiederholt zum Ausbruch gekommen ist, die Gefahr bestehe, daß bei den geplanten Veranstaltungen die öffentliche Sicherheit gefährdet werde.

Der Lohnkampf im oberschlesischen Erzbergbau.

Im oberschlesischen Erzbergbau ist die Zahl der Arbeiter, die zu den neuen Lohnbedingungen zur Arbeit erschienen sind, wieder weiter zurückgegangen. Da der Betrieb der Erzgruben unter diesen Umständen nicht aufrecht zu erhalten ist, haben sich die Verwaltungen entschlossen, auch denjenigen Arbeitern, die durch Aufnahme der Arbeit in den drei letzten Tagen einen neuen Arbeitsvertrag eingegangen sind, zum 13. Februar wieder zu kündigen.

Der Reichsarbeitsminister hat nachträglich in den Arbeitskampf eingegriffen und die Parteien zu Schlichtungsverhandlungen für Donnerstag nach Berlin geladen.

Gegen das Reichsbahnabkommen mit Schenker & Co.

Stellungnahme des Bundes Deutscher Lastzugspediteure.

Der Bund der Deutschen Lastzugspediteure mit dem Sitz in Hannover hat an den Reichsverkehrsminister folgendes Telegramm gerichtet:

„Die in dem unterzeichneten Bunde vereinigten Spediteure Deutschlands legen nachdrücklichst Protest gegen den von der Deutschen Reichsbahngesellschaft vorgesehenen Vertrag mit der Bahnspedition Schenker & Co. ein. Das Vorgehen der Reichsbahn ist geeignet, das Verkehrswesen zu beeinträchtigen und die Existenz des gesamten Gewerbes zu bedrohen. Bei Inkrafttreten des Vertrages werden eine große Anzahl Speditionsbetriebe nicht mehr lebensfähig sein und Tausende von Angestellten und Arbeitern der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen. Vom Reich wird erwartet, daß von sich aus alle Schritte unternimmt, um die Durchführung dieses Vertrages zu unterbinden."

Der englische Haushalt gefährdet.

Ständiges Anwachsen der Soziallasten.

Das Finanzministerium beurteilt die Finanzlage Englands sehr ernst. Die Unkosten für die Arbeitslosenversicherung werden für 1931 auf 55 Millionen Pfund gegenüber 10 Millionen Pfund im Jahre 1928 veranschlagt. Die Balanzierung des Haushalts sei ernstlich gefährdet, da man gleichzeitig mit einem erheblichen Rückgang der Einnahmen rechnen müsse. Ausschließlich der Kriegspensionen hätten sich die Sozialausgaben von 28,5 Millionen Pfund im Jahre 1910 auf 158,6 Millionen Pfund im Jahre 1930 erhöht. Die Verschuldung des Arbeitslosenfonds sei von 38,95 Millionen Pfund Anfang 1930 auf 75 Millionen Pfund gestiegen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 2. Februar 2 624 236 Personen. Dies ist um 31 586 mehr, als in der Vorwoche und um 1 116 638 mehr, als vor einem Jahr.

Die Einweihung Neu-Delhis.

Aus London wird berichtet:

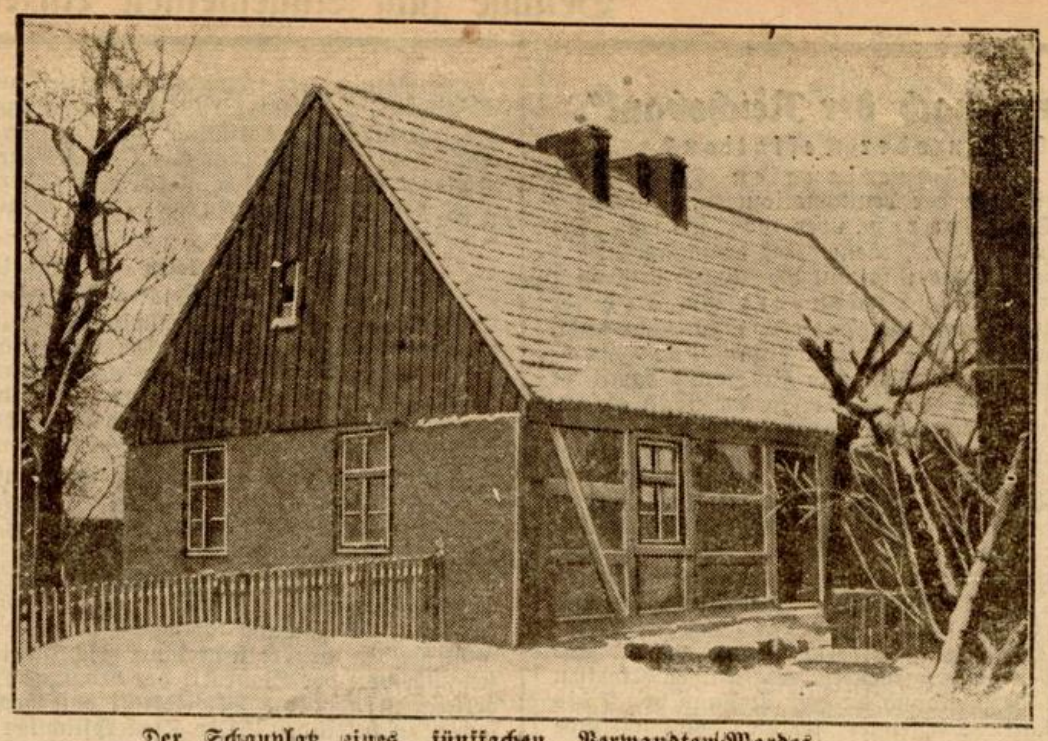
In Anwesenheit der indischen Fürsten und Vertreter aus sämtlichen Teilen Indiens sowie von Vertretern der Dominien fanden die ersten Feierlichkeiten zur Einweihung der neuen Hauptstadt Indiens, Neu-Delhi, statt. Der erste Akt war die Enthüllung der Säulen, die Indien von den vier Dominien zum Geschenk gemacht wurden. Die Erbauung der Hauptstadt hat 15 Jahre gedauert und 200 Millionen Mark gekostet.

Entthronung einer Schönheitskönigin.

Fulminanter Aufruf an die Stadt Paris.

In Paris ist ein gewaltiger Kampf um die Schönheitskönigin entbrannt, um die „Miß Paris" nämlich. Die Schönheitskönigin war bereits gewählt und kein Mensch ahnte Böses, als plötzlich die Schönheitskommission selbst erklärte, daß die Königin sofort abzudanken habe, da sie den für Schönheitsköniginnen geltenden Bedingungen nicht entspreche. Sie sei nämlich nicht geborene Pariserin, was sie unbedingt sein müsse, wenn sie in dem europäischen Königinnenwettbewerb die Stadt Paris vertreten wolle. Bald aber stellte es sich heraus, daß für die Schönheitsjury bei ihrer unerwarteten Wandlung ganz andere Gründe maßgebend gewesen waren: die Königin wurde entthront, weil sie Mutter eines vierjährigen Töchterchens ist.

Das Bekanntwerden dieses Entthronungsgrundes hat sofort einen Teil der Pariser Presse mit geharnischten Erklärungen auf den Plan gerufen. Die „Liberté" veröffentlicht einen stürmischen Aufruf, in welchem sie die Stadt Paris ersucht, die Entthronung der Königin nicht zuzulassen und die vierjährige Königinnentochter ganz einfach zu adoptieren! Und nun wird man sehen, wie sich die Jury benehmen wird. Man weiß wirklich nicht, was noch werden soll!



Der Schauplatz eines fünffachen Verwandten-Mordes.

Das Häuschen des Arbeiters Fallmers in Gielsdorf (Mark), von dem wir schon berichteten, der hier nachts in einem Anfall von Blutrausch seine Frau, seine beiden Kinder, seine Schwiegermutter und seine Schwägerin ermordete, seinen Schwager durch einen Schuß schwer verletzte und schließlich Selbstmord beging.

Unheimliche Funde in der Eilenriede.

Funde, die einiges Aufsehen erregen, wurden in Hannover von Erdarbeitern gemacht, die bei Notstandsarbeiten in der Eilenriede beschäftigt waren. Beim Aufwerfen von Erde fanden sie sechs menschliche Schädel sowie eine Anzahl Knochen, die von menschlichen Beinen und Armen stammen. Die Funde wurden der Polizei eingeliefert und von Gerichtsarzt Dr. Schackwitz einer genauen Untersuchung unterzogen, die zu der einwandfreien Feststellung führte, daß es sich hier um Ueberreste menschlicher Leichen handelt.

Ueber die Herkunft der Schädel und der sonstigen Knochen steht Genaues bis zur Stunde noch nicht fest. Da nach den bisherigen Ermittlungen Funde aus etwaigen früheren Kriegszeiten nicht in Frage kommen, bleibt damit zu rechnen, daß es Reste von Menschen sind, die vor Jahren einer Mordtat zum Opfer gefallen sind. Es kann sich aber nur um Verbrechen handeln, die ihre Aburteilung bereits gefunden haben.

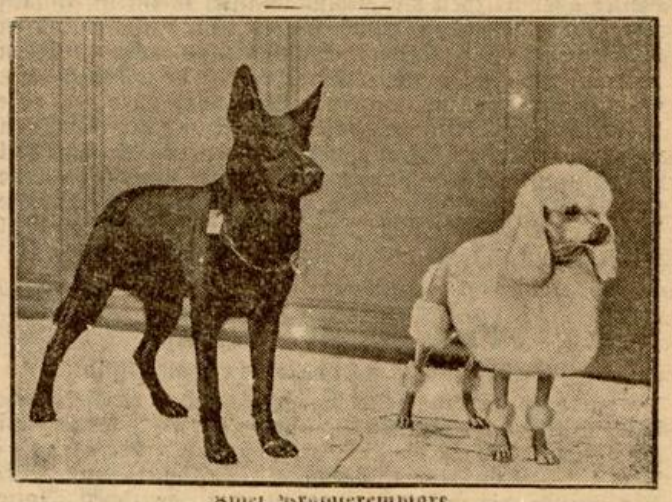
Die Frau eines Postagenten als Postkassenräuberin.

Überraschende Aufklärung eines Raubüberfalles.

Der am 4. Februar verübte Raubüberfall auf die Postagentur Schurgast (Kreis Oppeln) hat eine überraschende Aufklärung gefunden. Als Täterin wurde die

Frau des Postagenten Pawlik

überführt. Sie hat die Tat bereits eingestanden. Gleich von Anfang an hatte man die Frau im Verdachte, den Raub nur vorgetäuscht zu haben. Da aber für diese Annahme zunächst keine Beweise zu erbringen waren, wurden von der Polizei auch noch andere Spuren verfolgt. Bei einer Haussuchung in der Postagentur wurde ein Teil des gestohlenen Geldes aufgefunden. Die Frau hatte in bar 1000 Mark im Hofe des Grundstückes versteckt und mit Reisig zugedeckt. Den Rest des Geldes in Höhe von 3600 Mark will sie verbrannt haben. Dieser Angabe ist aber kaum Glauben zu schenken. Der kranke Ehemann der Frau Pawlik soll an der Tat nicht beteiligt sein.



Zwei Prachtexemplare von der Berliner Hundeausstellung, der Polizeihund Greif und der Pudel Sonja.

Die Gefahren der Fettleibigkeit.

Den Ärzten ist schon lange bekannt, daß Fettleibigkeit Krankheiten begünstigt und daß sich gewisse Todesursachen bei Dicken häufig finden. Nun hat der amerikanische Versicherungsfachmann Louis J. Dublin diese Frage mit dem Rüstzeug der Statistik untersucht, indem er die Todesursachen und das Sterbealter von 13 350 Versicherten mit ihrem Gewicht verglich. Für die einzelnen Krankheiten wurde untersucht, wie viele Menschen normalen Gewichtes unter 100 000 Versicherten gestorben waren, wie viele mit Unter- und wie viele mit Übergewicht. Setzt man die Zahl der Todesfälle bei den Normalgewichtigen gleich 100, so war sie bei den mageren Personen fast unverändert, etwa 99 bis 108, bei den Leuten mit Übergewicht, je nach der Dicke, 122 bis 174, durchschnittlich 132. So viele Dicke sterben also auf 100 normalgewichtige Menschen. Selbst bei einem nur geringen Übergewicht von 5—14 Prozent gab es auf 100 22 Todesfälle mehr. Die Leute unter 45 Jahren wurden davon allerdings weniger stark betroffen, bei den älteren dagegen war die Verhältniszahl 139. Was die einzelnen Krankheiten betrifft, so sind die Übergewichtigen besonders bedroht durch Krankheiten von Herz und Gefäßen, Angina, Diabetes, Nephritis und Gehirnschlag. Auf 100 Normalgewichtige kann man bis zu 273 Übergewichtige rechnen, die einer dieser Krankheiten zum Opfer fallen. Auch die Zahl der Unfälle ist bei Mageren geringer, bei Fetten um etwa 11 Prozent höher als bei Normalen. Das Publikum muß über die Schäden des Übergewichts aufgeklärt und zu seiner Beseitigung angeleitet werden. Magere haben jedenfalls größere Lebensaussichten — wenn man von der Gefährdung durch Lungenkrankheiten absieht.

Ein Wintertraum

Roman aus Oberhof von ANNY WOTHE

Copyright by Brückenberg-Verlag, Zwickau i. Sa.

(35.)

„Weil du dich selber nicht kennst, mein geliebtes Kind, weil du wild in etwas hineinstürmen willst, was dir gar nicht liegt. Kannst du mir in drei Monaten versichern, daß du noch ebenso denkst wie heute, so soll dein Wille geschehen. Bis dahin aber bist du mein, und ich erwarte von dir sowohl wie von diesem Herrn Funk, daß ihr meinen Standpunkt respektiert."

„Und wenn ich nicht will?"

„So wirst du dir die Folgen selber zuzuschreiben haben. Bis jetzt hat mir der Flieger keine Gelegenheit gegeben, gegen ihn einzuschreiten. Das würde aber geschehen, sowie er sich erdreisten sollte, dir im geringsten näher zu treten. Ohne Gewissensbisse würde ich ihn niederknallen, und du weißt, ich treffe gut und sicher. In drei Monaten, die ich dir Frist gestellt habe, wirst du genügend Gelegenheit haben, über dich und deine Gefühle nachzudenken, was du bis jetzt versäumt zu haben scheinst. Bis dahin aber erwarte ich von dir, daß du meine und deine Stellung achtest und dein Verkehr mit diesem Herrn Funk, den ich durchaus nicht hindern will, über das gesellschaftliche Maß nicht hinausgeht.

Im übrigen möchte ich bemerken, daß ich für diesen in Aussicht gestellten Familienverkehr mit der Mutter des Fliegers danke. Nicht mehr, als was ohne aufzufallen unbedingt notwendig ist. Du sollst aber in keiner Weise beschränkt sein, Ingelid."

„Dein Vertrauen zu mir scheint ja grenzenlos," spöttelte sie, „wenn du dich nur nicht täuschst, Leo."

„Das wird sich finden," gab er scharf zurück. „Jetzt aber komm, das Frühstück haben wir versäumt, und Tante Bella wird nicht wenig böse auf uns sein."

Ingelid sah unsicher ihrem Verlobten in das, wie es ihr jetzt schien, ganz fahl gewordene Gesicht. Die Augenbrauen waren ebenso finster zusammengeschoben, wie sie es zuweilen auch bei Johannes Funk bemerkt hatte, und ein kalter, harter Zug lag um seinen Mund.

„Willst du mir nicht den Arm reichen, Ingelid?"

Sie zögerte, und ein weicher, fast kindlicher Zug legte sich um ihre roten Lippen, als sie sagte:

„Ich möchte nicht, daß wir diese Unterredung so unfreundlich enden. Habe Geduld mit mir, Leo. Du hast mir selber versichert, daß du mein bester Freund bist, und ich wüßte auch nicht, daß ich zu jemand mehr Vertrauen hätte als zu dir. Aber du darfst nicht hart zu mir sein, ich ertrage das nicht."

Er nickte nur leicht und zog ihren Arm durch den seinen.

„Wir müssen uns doch der Welt als tadelloses Brautpaar zeigen. Komm, Ingelid, es ist wirklich die höchste Zeit."

Und sie ließ sich von ihm führen, willenlos. Und doch fühlte sie, daß sich zwischen ihnen eine Schranke aufgerichtet hatte, eine Schranke, die vielleicht niemals wieder fallen würde.

Eigentlich hätte sie freudig aufatmen müssen, und doch empfand sie, wie sich dunkle Schatten schwer auf ihre Seele legten.

Und draußen stob der Schnee. In wildem Flockentanz zog ein Schneesturm über Tal und Höhen.

6.

Ueber den Bergen und über dem Walde lag ein goldener Schein.

Weit breitete sich das winterliche Feld. Vom Dorfkirchlein klang die Glocke. Traumhaft, wie verschlafen lugte hier und da ein Häuslein aus dem Schnee. Sonst nichts als das leise Rauschen des Windes in der Luft.

Ueber den weißsamtnen Hang kamen sie herabgeglitten, die flotten Skiläufer aus Oberhof — eine fröhliche Gesellschaft, die am Nachmittag gleich nach den Wettläufen bei lustigem Flockentanz auf Skiern aufgebrochen war.

Es hatte längst zu schneien aufgehört. Ein zartes Rot legte sich über die Berge. Purpurn glühte es auf, dann verblaßte das Licht. Violette Schatten zogen auf; die Sonne ging unter — der Abend war gekommen. —

Jauchzend geht es abwärts mit Windeseile. Leicht stäubt der weiße Schnee. Hier und da ein Lachen, ein frohes Wort. Und dann gleiten sie wieder aufwärts, zuerst gemächlich und dann steiler und immer steiler.

Alle Schneeschuhfahrer bewegen sich schon in dem sogenannten Grätenschritt aufwärts. Man muß dabei mit einem stampfenden Ruck die glatten Bretter tiefer in den Schnee hineinkanten.

Die elastischen Hölzer schüttern leicht. Ein Rauschen und Knistern, ein leises Rieseln wie zerrinnender Schnee, und dann stehen die Skiläufer oben auf der Höhe und blicken hinab ins Tal.

Alles Lachen und Scherzen ist verstummt. Andächtig stehen alle und schauen still hinein in den Feierglanz der Nacht.

Tief eingebettet in den weißen Schnee ruht hier und da ein Dorf, eine Hütte, dahinter ragt der Wald geheimnisvoll in einem matten Silberlicht.

Die Sterne ziehen auf, groß und glänzend wie leuchtende Himmelsaugen stehen sie da droben.

Ingelid steht an Leos Seite. Er hat soeben die weiße Wachsfackel gelöscht, die er ihr zur Seite beim Aufstieg durch den halbdunklen Wald getragen. Es ist hell genug in dieser weißen, zauberischen Winternacht, um die Fackeln entbehren zu können.

Sie hatten nur wenig miteinander gesprochen, Ingelid und Leo. Das Gespräch von heute mittag klang in beider Herzen wider. Weite Strecken hatte Leo an Riele Vossens Seite zurückgelegt. „Vielleicht will er mir Gelegenheit geben, mit Funk zu reden," dachte Ingelid, und wie Bitternis stieg es in ihrer Seele auf.

Riele Vossen! Warum tat es ihr weh, dieses schlichte, liebenswürdige Mädchen an Leos Seite zu sehen? Sie wußte, er hatte immer viel Freundschaft für Riele Vossen gehabt, die er schon als Kind gekannt, und oft hatte er die milde Freundlichkeit, die tiefe, innere Herzensgüte Riele Vossens zu ihr gelobt. Ingelid hatte dann immer freudig zugestimmt. Dieses Mädchen — das war auch ihre Ueberzeugung — mußte für jeden Mann ein wahrer Schatz sein, und Leo besonders, so meinte sie, müßte gerade bei Riele alles finden, was er von der Frau als Lebensgefährtin verlangte. Und doch tat es ihr weh, wenn sie Riele von Vossen so in selbstverständlicher Freundschaft an seiner Seite sah.

Mit Johannes Funk hatte Ingelid nicht mehr als einige gleichgültige Worte gewechselt, trotzdem er ab und zu auf der Skitour an ihrer Seite geblieben war.

(Fortsetzung folgt.)

seiner Ausführungen im Landtag bestätigt und erklärt, er, Gläser, habe das Geld, und zwar fünf Millionen Mark aus Mitteln der Preußenkasse selbst an den Deutschen Verlagsverein ausgezahlt.

Staatsminister a. D. Drews erklärte hierauf, daß der Innenminister eine Anweisung an die Preußenkasse nicht habe geben können, da diese dem Finanzminister unterstand.

Er habe niemals von einer Hergabe von Staatsmitteln an den Deutschen Verlagsverein gehört.

Bankrat Ortner sagte aus, daß trotz wiederholter Nachforschungen eine Zahlung an den Deutschen Verlagsverein in den Büchern der Preußenkasse nicht gefunden worden sei. Der Vorsitzende verlas ein Schreiben des verstorbenen Geheimrats Gläser vom 4. April 1928 an den Präsidenten Klepper, worin dieser es als ausgeschlossen bezeichnete, daß die Preußenkasse für den Deutschen Verlagsverein Finanzgeschäfte getätigt habe. Von einem deutschnationalen Mitglied des Ausschusses wurde unter lebhaftem „Hört! Hört!“ der Rechtsparteien darauf hingewiesen, daß Geheimrat Gläser nach der Bekundung des Abgeordneten Heilmann am 28. März 1928, also sechs Tage vor der Absendung dieses Schreibens, das Gegenteil gesagt haben solle.

Der nächste Zeuge, Staatsminister a. D. Dr. Lentze, der 1914 preußischer Finanzminister war, bezeichnet es als ausgeschlossen, daß Staatsmittel für den Deutschen Verlagsverein gegeben worden seien. Auch aus dem allerhöchsten Dispositionsfonds, den der Zeuge verwaltet habe, seien Gelder an den Deutschen Verlagsverein nicht gezahlt worden. Damit war die Beweiserhebung zur Frage der Übernahme des Scherl-Verlages durch den Deutschen Verlagsverein beendet. Der Ausschuß will in einigen Wochen die Ausführungen des Berichterstatters hierzu entgegennehmen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 12. Februar 1931.

Die nächste Schweinezählung.

Auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft findet am 2. März 1931 die nächste Zählung der Schweine und der „nichtbeschaupflichtigen Hausschlachtungen an Schweinen“ für die Zeit vom 1. Dezember 1930 bis 28. Februar 1931 statt. Die Schweine haltenden Landwirte selbst haben das größte Interesse daran, daß die gestellten Fragen in richtiger und zuverlässiger Weise beantwortet werden. Dafür wird ihnen auf der anderen Seite die unbedingte Sicherheit gewährleistet, daß ihre statistischen Angaben geheimgehalten werden und keinesfalls zu steuerlichen Zwecken Verwendung finden.

Jetzt das Wild füttern!

In diesem milden Winter dürfte es mancher Weidmann versäumt haben, sein Wild zu füttern. Das kann sich jetzt unter Umständen sehr leicht rächen. Deshalb sollte man, wo es versäumt worden ist, die Fütterung nachholen. Der Schnee verdeckt jetzt die natürlichen Nahrungsstellen und das Wild muß sich durch Scharren erst Zugang zu ihnen verschaffen. Das ist aber beim Schalenwild besonders gefährlich. Die Februarsonne schmilzt die Schneedecke, der Frost am Abend läßt sie wieder erstarren, und wenn dann das hungernde Wild scharrt, reibt es sich die Läufe wund, magert ab, wird auf der Flucht behindert und fällt dann leicht dem Raubwild und auch dem Wilderer zum Opfer. Das überlebende Wild wird in der Entwicklung behindert, was sich im folgenden Jahre bitter rächt. Ganz abgesehen davon, daß der Nachwuchs bei weitem nicht mehr das sein wird, was ein gut gepflegter und vor Hunger geschützter Wildbestand hervorbringt, wird schon im Laufe des kommenden Sommers der Weidmann an dem Gehörn seiner Böcke weniger Freude haben als der, der sein Wild hegt; denn jetzt im Februar schiebt der Bock das neue Gehörn, verbraucht dazu Kraft und muß deshalb in gutem Futterzustand gehalten werden. Auch die Salzlecken sollte man nachsehen und aufgebrauchte erneuern; denn Salz ist zur Überwindung gefährlicher Magenstörungen, die sich beim Äsen des jungen Grüns der Saaten leicht einstellen, von großer Wichtigkeit.

□ **Rentenbankscheine als Zahlungsmittel.** Zur Behebung von Zweifeln wird mitgeteilt, daß noch rund 446 Millionen Rentenbankscheine als Zahlungsmittel im Umlauf sind. Alle Rentenbankscheine zu fünf, zehn und fünfzig Rentenmark mit Kopfbild sowie die höheren Abschnitte zu hundert, fünfhundert und tausend Rentenmark ohne Kopfbild sind vollgültige Zahlungsmittel, für die an allen öffentlichen Kassen (Post, Eisenbahn, Finanzämter, Reichsbank usw.) Annahmezwang besteht. Die Tilgung und Rückziehung der umlaufenden Rentenbankscheine erfolgt ganz allmählich aus hierfür bereitgestellten Mitteln. Voraussichtlich werden die letzten Rentenbankscheine erst 1942 aus dem Zahlungsmittelumlauf verschwunden sein.

Halver

—0 **Polizeiliches.** Gefunden: Eine Geldbörse. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

—k **Ski-Klub.** Gestern, Mittwoch abend, fand sich der Arbeitsausschuß des Ski-Klub Halver zur weiteren Beratung im Lokale des Herrn Karl Kind zusammen. Es wurde zunächst über die Verhandlung mit den Besitzern der in Aussicht genommenen Ski-Gelände berichtet. Liebenswürdigerweise haben diese restlos ihre Einwilligung zur Benutzung derselben gegeben. Die nötigsten Arbeiten, wie Umlegen von Zäune etc. werden noch heute erledigt und für den Rodelsport gleiche Vorkehrungen getroffen. Im Übungsgelände „Hölzchen“ wird sofort eine kleine Sprungschanze errichtet, der Bau einer großen Schanze erfolgt im Laufe des Jahres, sodaß diese im kommenden Winter der Benutzung übergeben werden kann. Kurz gesagt, alle Vorbereitungen zu einem guten Gelingen sind getroffen. Über Nacht ist uns wieder das herrlichste Winterwetter beschert. Hoffen wir, daß dasselbe weiter so anhält, dann wird es dem Ski-Klub Halver vergönnt sein, doch noch in diesem Jahre in Funktion zu treten. Ski Heil!

—=) **Oberbrügge.** Der **Kaninchenzuchtverein Oberbrügge** hielt am vergangenen Sonntag seine diesjährige Generalversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete der 1. Vorsitzende. Der Kassenbericht konnte mit einem schönen Bestand abschließen. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder wurden sämtlich wiedergewählt. Infolge der schlechten Wirtschaftslage sollen die neu aufzunehmenden Mitglieder in diesem Jahre von dem Eintrittsgeld befreit werden. Kurz vor 24 Uhr wurde die Versammlung mit einem „Gut Zucht“ vom Vorsitzenden geschlossen.

Schalksmühle

—:: Am Sonntag predigt Herr Missionar Löwy von der Judenmission. Die Judenmission ist eine wichtige vielumstrittene Frage, heute mehr denn je. Wir dürfen daher wohl erwarten, daß der Gottesdienst gut besucht sein wird. Die Kollekte des Sonntags ist für die Judenmission bestimmt.

Sitzung der Gemeindevertretung Kierspe.

—b **Kierspe.** Die Gemeindevertretung von Kierspe tagte am Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz des Herrn Gemeindevorstehers Heukelbach und im Beisein von Bürgermeister Hiltebrandt. Punkt 1 (Unterstützungssachen) und Punkt 2 (Wohnungssachen) wurden in geheimer Sitzung erledigt. Punkt 3 **Abnahme der Jahresrechnung.** Die in der letzten Sitzung vorgefundenen ungeklärten Punkte waren jetzt in Ordnung gebracht. Ein Ausgabeposten konnte noch nicht aufgeklärt werden und ist zuvor noch in der Amtsvertretung zu behandeln. Die Gesamt-Jahresrechnung 1929 schließt in Einnahme mit RM 707 502,27 und in Ausgabe mit RM 702 106,47 ab. Es verbleibt somit ein Bestand von RM 5395,80 der im außerordentlichen Haushaltplan vorzutragen ist. Bürgermeister Hiltebrandt gab in Zahlen die Ausgaben für Wegebauten bekannt, die in den letzten Jahren höher waren, als man ursprünglich vorgesehen hatte. Er bat die Vertretung dringend darauf zu achten, daß im Jahre 1931 solche hohe Wegebaukosten nicht verausgabt würden. Vorsteher Heukelbach gab in der Frage der Bezahlung von Vorschußzinsen bekannt, daß das Amt die Vorschüsse beanspruchte und deshalb auch zur Zahlung der Zinsen verpflichtet sei. Um für die Zukunft eine bessere Uebersicht und eine genaue Abrechnung zu ermöglichen beschloß die Vertretung für die Amts- und Gemeindekasse ab 1. April 1931 getrennte Konten einrichten zu lassen. Die Abschlüsse sollen monatlich erfolgen. Bürgermeister Hiltebrandt vertrat bezüglich der Amtsvorschüsse eine andere Ansicht und wies die angeblichen Vorschüsse des Amtes zurück. Mit der Einrichtung getrennter Konten ab 1. 4. 31 ist auch der Bürgermeister einverstanden. Punkt 4 **Etatsüberschreitungen:** Die Vertretung genehmigte die Etatsüberschreitungen mit der Maßgabe, daß die Ueberschreitungen aus Ueberschüssen anderer Etatsposten gedeckt werden. Punkt 5 **Wiederbesetzung der 6. Schulstelle an der Pestalozzischule in Kierspe-Bhf.:** Der Elternbeirat der Volksschule Kierspe-Bhf. beantragte die Wiederbesetzung der ruhenden 6. Lehrerstelle in Kierspe-Bhf. Zur Zeit sind 213 Kinder vorhanden, deren Zahl sich Ostern auf 240 erhöht. Zeitweise müssen bis zu 65 Kinder in einem Unterrichtsfach vereinigt werden. Da auch von anderen Schulen wie Bollwerk und Berken gewisse Anträge auf Neubesetzung bezw. Beibehaltung von Lehrerstellen vorliegen, hat sich die Schuldeputation bereits mit diesen Fragen befaßt. Dieselbe hält es für notwendig, daß Bollwerk für die 2. Lehrerstelle eine Hilfskraft gestellt werden soll und Herr Lehrer Markes, der ohnehin in Kierspe-Bhf. wohnt, an die Schule dortselbst versetzt wird. Da sich die Schülerzahl in Kierspe-Bhf. jährlich um 20 steigert, sodaß Ostern 1931 in verschiedenen Fächern 76 Schüler vorhanden sind, schlägt die Schuldeputation vor, die Regierung zu bitten, für die 2. Lehrerstelle in Bollwerk einen Hilfslehrer zu stellen und hierfür die nötigen Mittel bereitzustellen, da die Gemeinde infolge der schlechten Wirtschaftslage zur Zahlung der Gelder nicht im Stande ist. Da der Gemeinde bei einer solchen Lösung dieser wichtigen Fragen in dieser Form keine besonderen Belastungen entstehen, schloß sich die Vertretung dem Standpunkt an. Der vom Berufsschuldirektor Börner angeregte Besuch der kaufmännischen Berufsschule durch Mädchen wurde vorerst nicht besprochen. Bürgermeister Hiltebrandt berichtete über die Frage der Einrichtung von Kreisberufsschulen. Nach diesem Bericht plant nicht der Kreis die Einrichtung solcher Schulen, sondern der Staat beabsichtigt die Berufsschulen des Kreises Altena zu 3 Zweckverbänden zusammen zu schließen und mit Fachlehrern zu besetzen. Hiermit seien gewisse Ersparnisse beabsichtigt. Vertr. Gegarten berichtete über diese Frage in anderem Sinne und betonte, daß durch eine solche Einrichtung nur dem Handwerk und Gewerbe große Lasten aufgebürdet würden. Punkt 6 **Bildung eines Gesamtschulverbandes Wiebelsaat** wurde abermals vertagt. Unter Punkt **Wegesachen** wurde die Erweiterung der Straßenbeleuchtung abgelehnt, da hierfür Mittel nicht vorhanden sind. Der Weg Halzenbach-Neuenhaus soll durch die Gemeindearbeiter in Ordnung gebracht und über die Inordnungstellung des Weges Höckinghausen—Lingese in der Wegekommission beraten werden. Punkt 9 **Wasserversorgung** Der Ausbau des neuen Brunnens in Wildenkuhlen sowie der beiden Stollen wurde der Firma Schuster, Köln für RM 3500 übertragen. Die Errichtung des Pumpenhauses wurde dem Bauunternehmer Carl Schmidt, Kierspe-Bhf. für den Betrag von RM 1462 und die Ausführung der Zimmerarbeiten dem Zimmermeister Albert Schmale, Kierspe für RM 151.— übertragen. Amtsbaumeister Börnke gab eine Mitteilung der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, Berlin bekannt. Da die noch zu klärenden Fragen nunmehr erledigt sind, erwartet man eine baldige Bereitstellung der für den Ausbau des Wasserleitungsprojektes erforderlichen Mittel, damit die Erwerbslosen bei Eintritt besseren Wetters beschäftigt werden können. Die Aufstellung von Litfasäulen wurde den Verkehrsvereinen anheim gestellt, doch sind die erforderlichen baulichen Genehmigungen stets einzuholen. Die Vertretung hieß den Vorschlag der Sparkasse gut, nach welchem aus dem diesjährigen Ueberschuß der Wohlfahrtsfürsorge RM 1600.— zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Aenderung einiger Punkte in der Sparkassensatzung wurde gutgeheißen. Unter **Verschiedenes** beschloß man, die Miete für die beiden von der Krankenkasse im Sparkassengebäude benutzten Büroräume von RM 200.— auf 300.— pro Jahr heraufzusetzen, da die bisherige Entschädigung zu niedrig sei. Die bisherige Außenversicherung für die Feuerwehren soll aufgehoben, aber die Geräteversicherung beibehalten werden. Schluß der öffentlichen Sitzung 20,30 Uhr.

Kierspe

—s **Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Ortsvereins.** Laut Inserat in unserer gestrigen Ausgabe hat der Vorstand des Landwirtschaftlichen Ortsvereins seine Mitglieder zu einer Generalversammlung für Samstag dieser Woche nachm. 3 Uhr eingeladen, worauf wir an dieser Stelle nochmals hinweisen möchten.

—== Im Cafehaus Vollmann fand eine Versammlung des **Skiklubs Sauerland, Ortsgruppe Kierspe** statt. Die Veranstaltung des letzten Sonntags wurde im einzelnen besprochen und beschlossen, die zukünftigen Veranstaltungen den sportlichen Bestimmungen des deutschen Skiverbandes entsprechend aufzuziehen. Eine ganze Reihe Neuanmeldungen lag vor. Die vorhandenen Schneeschuhe werden an die Mitglieder verliehen und zwar für 30 Pfg. an Erwachsene und für 10 Pfg. an Jugendliche. Am kommenden Sonnabend unternimmt der Klub einen Skiausflug nach Berkenbaum. Dann wurden noch Werbemaßnahmen besprochen. Dem Verkehrsverein, dessen Gründung lebhaft begrüßt wurde, überwies die Versammlung einen Betrag von RM 25.—

—b Am Mittwoch vormittag gegen 11 Uhr wurde die Freiwillige Feuerwehr Lengelscheid nach dem benachbarten Singerbrink gerufen. Daselbst war im Hause des Herrn Hohage ein Schornsteinbrand ausgebrochen. Da der Boden des Hauses voll Heu und Stroh war und ein Uebergreifen des Feuers leicht möglich war, hatte man auch die Feuerwehr Meinerzhagen alarmiert. Da die Lengelscheider Wehr aber trotz der vereisten Straße sehr schnell am Brandort eintraf, konnte Meinerzhagen abbestellt werden. Bald gelang es des Feuers Herr zu werden und so das große Bauernhaus vor der Vernichtung zu schützen.

*

:: **Brügge.** In der letzten Stunde der Frauenhilfe wurde in feierlicher Weise ein Doppelfest begangen: Fräulein Funke von der Wahrde war an diesem Tage 10 Jahre, und Fräulein Selma Wurm in Ahelle war 20 Jahre in derselben Stellung tätig. Zum Andenken an diesen Tag wurde Fräulein Funke die Treuebrosche der Frauenhilfe und Fräulein Wurm ein schön gebundenes neues Gesangbuch überreicht. Wir wünschen ihnen auch an dieser Stelle Gottes Segen für ihr ferneres Leben. Am kommenden Sonntage, den 15. Februar, nachmittags 4 Uhr ist dann im Anschlusse an die musikalische Feierstunde die Abstimmung der Frauenhilfe über die neu ins Leben zu rufende Sterbebeihilfekasse. Es ist darum unbedingt erforderlich, daß alle Mitglieder der Frauenhilfe zur Stelle sind.

:: **Brügge.** Am Sonntag, den 15., nachmittags 4 Uhr, findet nach dem Vorgange anderer Gemeinden auch in unserer Kirche eine musikalische Feierstunde statt. Bei dieser Gelegenheit wird Herr Lehrer Müllensiefen die Orgel spielen, Fräulein Liesel Klein wird einige Geigenstücke vortragen und endlich unser Terzett 4 Lieder singen, davon eins im Wechselgesang mit der Gemeinde. Der Eintritt ist frei, wir hoffen aber deswegen auch, daß recht viele an dieser Feierstunde teilnehmen.

Lüdenscheid. Fabrikant **Paul Plate**, der Gründer der Inhaber der bekannten Federnwerke Paul Plate in Hagen, ist am Sonntag auf seiner Familienbesitzung Platehof bei Lüdenscheid gestorben. Ein Nierenleiden, das der tapfere Offizier aus dem Kriege mitbrachte und das ihn jahrelang ans Krankenlager fesselte, hat den einst so rüstigen und lebensfrohen Mann allzufrüh gefällt. In weiten Kreisen seiner Kameraden und Freunde wird er nicht so bald vergessen werden.

Hagen. Kind verbrüht. Am Samstagnachmittag zog das dreijährige Söhnchen des Bäckermeisters Th., Boelerheide, eine Kanne mit heißem Kaffee vom Tisch. Der Inhalt ergoß sich über das Kind. Mit schweren Brandwunden an Kopf und Oberkörper wurde es dem Johannes-Hospital Boele zugeführt. Der Zustand ist sehr bedenklich.

Schwelm. Die bessere Einsicht siegt. Die „Berg.-Märk. Ztg. berichtet: Bekanntlich hatte die hiesige Ortsgruppe des Deutschnationalen Arbeiterbundes kurz vor der Reichstagswahl vom 14. September ihren Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei erklärt. Der Austritt wurde in einer Pressemeldung mit der „unsozialen Haltung Hugenbergs“ begründet. In diesen Tagen ist nun nach einem Vortrag des Abgeordneten Rüffer der Wiedereintritt in die Deutschnationale Volkspartei mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen worden. Man hat sich überzeugt, daß unter Hugenbergs Führung die christliche und soziale Richtung der Partei geblieben ist.

Aus der Nachbarschaft

Radevormwald. Das Uelfebad zu verpachten. Das herrlich in den Bergen gelegene Uelfebad bei Radevormwald soll aufs neue verpachtet werden, da der bisherige Vertrag abgelaufen ist. Die Stadt als Eigentümerin beabsichtigt diesmal, den Wirtschaftsbetrieb und Badebetrieb getrennt zu verpachten. Vertragsunterlagen sind beim Stadtbauamt zu haben, dorthin sind auch bis zum 19. Februar Angebote zu richten. Das Uelfebad war auch im letzten Jahre trotz der ungünstigen Witterung sehr stark besucht, namentlich aus dem Wuppertal, von dem noch mehr Zuzug zu erwarten ist, wenn erst die Straße Dahlerau—Beyenburg fertiggestellt sein wird. Die Fahrt auf der neuen Straße Dahlerau—Uelfebad gehört zu den schönsten im Bergischen Lande.

Waldbröl. Seit einiger Zeit werden hier größere Saujagden abgehalten, die in den letzten Tagen gute Erfolge gezeigt haben. Von hiesigen Jägern konnten 6 und bei einer Treibjagd bei Dattenfeld 5 schwere Wildschweine abgeschossen werden.

Baumbach. Der älteste Turner Deutschlands. Ueber 100 Jahre alt. Gestern, am 11. Februar, ging Peter Schupp in Baumbach (Westerwald) in sein 105. Lebensjahr. Der alte Herr erfreut sich noch einer bemerkenswerten Gesundheit und raucht noch täglich seine „Halbauge“. Schupp war bis 1894 in der Montabaurer Wachsfabrik tätig und siedelte dann nach Baumbach über, wo sein vor zwei Jahren verstorbener Sohn die Pfarrstelle inne hatte. Der Jubilar ist das älteste Mitglied der Deutschen Turnerschaft.

Schwurgericht in Hagen.

Beginn des Zentarra-Prozesses.

Die Verwahrlosung der Jugend. — Folgen der politischen Hetze. — Der Angeklagte Schneider aus der Haft entlassen.

pn. **Hagen**, 12. Febr. Unter großem Andrang des Publikums begann gestern morgen vor dem Hagener Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsrats Trümper der seit langem mit Spannung erwartete Prozeß gegen acht der kommunistischen Partei teils angehörende, teils nahestehende Arbeiter, denen zur Last gelegt war, bei der Tötung des 20jährigen Kaufmanns Th. Sanders, eines Nationalsozialisten, beteiligt gewesen zu sein. Der Hauptangeklagte ist der erst kürzlich 20 Jahre alt gewordene Verzinker Hans Zentarra aus Hagen. Er hat am 2. Dezember abends in der Alexanderstraße den tödlichen Stich gegen S. geführt und ist des vorsätzlichen Totschlags angeklagt. Ferner sind der Mittäterschaft an der Körperverletzung des S. angeklagt die zum größten Teil erwerbslosen Arbeiter Karl und Josef Quittmann, Albert Hahn, Ernst Schiffke, Albert Wendtland, Rudolf Wiskott. Der Arbeiter Emil Schneider ist ferner angeklagt, zur Verhinderung einer Anzeige Beistand geleistet zu haben, Schiffke zudem, in einer Versammlung zu Gewalttätigkeiten gegen politische Gegner aufgefordert zu haben. Endlich wirft die Anklage dreien vor, verbotener Weise Waffen geführt zu haben. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Kröner, die Verteidigung wird ausgeführt für

die Angeklagten in der obigen Reihenfolge durch folgende acht Rechtsanwälte: Dr. Horstmann-Düsseldorf, Rescher, Dr. König, Fischer, Dr. Schnittker, Plaßmann, Sommer und Dr. Lüsebrink. Als Sachverständige sind geladen der praktische Arzt Dr. Schulte und der Gefängnisarzt, Medizinal-Assessor Dr. Schulte. Von den Angeklagten sind mehrere vorbestraft, Schiffke sechs mal, Zentarra ist nicht vorbestraft. Es sind annähernd 40 Zeugen geladen. Der ursprünglich auf zwei Tage berechnete Prozeß wird wahrscheinlich bis Freitag dauern.

Das Gericht nahm zuerst die Vernehmung des Angeklagten Karl Quittmann vor, der infolge verschiedener Zusammenstöße mit dem verstorbenen S. der eigentliche Urheber der traurigen Geschehnisse gewesen ist. Qu. ist seit anderthalb Jahren erwerbslos und war bis vor kurzem Mitglied der kommunistischen Partei. Zwischen ihm und dem S. haben mehrere Mal Anrempeleien auf der Straße stattgefunden, bei denen es drohende Redensarten gab. Er hat hiervon seinen kommunistischen Freunden Mitteilung gemacht. In einer Versammlung der Roten Arbeiterwehr kamen diese Dinge zur Sprache und der Angeklagte Schiffke äußerte hierbei öffentlich, die Nazis würden in Altenhagen so frech, daß sie etwas aufs Fell bekommen müßten. Der Fall S. wurde noch besonders behandelt und es wurde verabredet, ihm eine „Abreibung" zu geben. Von den Angeklagten trafen sich am Tage nach der Versammlung abends um 8 Uhr sieben. Schiffke und und Karl Qu. steckten hierbei einen mit Sand gefüllten Gummischlauch zu sich. Sie gingen dann zusammen in Richtung Alexanderstraße, wo sie den S. zu treffen hofften. Auf Rache sinnend erklärte Qu., er werde sich den S. vornehmen. Auf seine Frage, wer mit wolle, erklärte sich Zentarra bereit. Daß er einen Dolch mit sich führte will keiner der Anderen gewußt haben, auch Z. hält dies für unwahrscheinlich. Es wurde abgemacht, daß die fünf anderen in einiger Entfernung als Rückendeckung folgen sollten. Schiffke hat hierbei den Beiden nachgerufen: „Macht Eure Sache gut und laßt mir auch noch etwas übrig". Qu. und Z. sahen an der Ecke Alexanderstraße-Styburgstraße den S. auf dem Rade hinter ihnen kommen. Hierbei soll S., wie Z. nachher angab, eine Bewegung gegen ihn gemacht haben, sodaß er sich provoziert fühlte. Als dann S. zurückkam, sei Z. auf ihn losgesprungen und habe ihn am Halse gepackt. Qu. gab zu, ihn hierbei über den Kopf geschlagen zu haben. Er bestritt, daß S. gesagt habe: „Laßt mich doch, ich habe Euch doch nichts getan".

Ueber die Beteiligung des Zentarra seien jetzt dessen Angaben ausgeführt, die er während seiner auf die des Qu. folgenden Vernehmung machte. Zunächst einiges über seinen Lebenslauf. Z. hat die Volksschule besucht, wollte Kaufmann werden, war kurze Zeit bei einem hiesigen hiesigen Rechtsanwalt in Lehre, mußte dann aber zur Fabrik. Später ging er auf Wanderschaft und bewarb sich bei der Fremdenlegion, in die er wegen Jugendlichkeit nicht aufgenommen wurde. Er war dann als Verzinker tätig, ging dann aber wieder auf Wanderschaft, sodaß er Deutschland von Norden nach Süden ganz durchmessen hat. Er macht übrigens einen durchaus intelligenten Eindruck. Wie er erklärte, ist er außerordentlich jähzornig. Wenn er in Wut gerate, wisse er nicht mehr was er tue und jedes Mittel zum Angriff oder zur Abwehr sei ihm gleich. Er sei Mitglied der Roten Hilfe, nicht der kommunistischen Partei gewesen. Den Sanders habe er nur dem Namen nach gekannt. (Fortsetzung folgt.)

Turnen, Spiel und Sport.

Kierspe. Die 1. Handballmannschaft des hiesigen Turnvereins spielte auf dem hiesigen Sportplatz gegen die gleiche Mannschaft des Tv. Berkenbaum ein Gesellschaftsspiel mit dem Resultat 0:0. Das Spiel wurde in der zweiten Halbzeit von Berkenbaum abgebrochen.

Sp. Gegen Sülz 07 und Swatosch wird die Spruchkammer des Westdeutschen Spielverbandes in Kürze das ordentliche Verfahren eröffnen, nachdem Verstöße gegen die Amateurbestimmungen einwandfrei festgestellt worden sind.

Einsturzunglück auf der Zeche Mont Cenis.

Zwei Tote, ein Schwerverletzter.

Wie aus Herne berichtet wird, stürzte auf der Zeche Mont Cenis ein Gerüst zusammen, auf dem vier Anstreicher beschäftigt waren. Drei von ihnen stürzten aus einer Höhe von 16 Metern in die Tiefe. Während zwei Arbeiter den Tod erlitten, wurde der dritte in lebensgefährlichem Zustand in das Bergmannsheim in Bochum eingeliefert. Der vierte Arbeiter konnte sich bei dem Zusammenbruch des Gerüstes noch rechtzeitig festhalten und kam mit dem Schrecken davon. Die tödlich Verunglückten sind verheiratet und hinterlassen mehrere Kinder.

Zu dem Bergwerksunglück in der Mandschurei.

34 Leichen geborgen.

Wie aus Mukden gemeldet wird, sind auf dem Unglücksschacht in Fushun in der Mandschurei bisher 34 Leichen geborgen worden. Die Meldungen, daß bei der Bergwerkskatastrophe mehrere tausend Arbeiter lebend eingeschlossen worden seien, werden amtlicherseits noch nicht bestätigt.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 11. Februar.

Abgeordneter Dr. Wiemer gestorben.

Berlin. Abgeordneter Dr. Otto Wiemer, Vizepräsident des Preußischen Landtages, der der Deutschen Volkspartei angehört, ist plötzlich gestorben. Er wurde 1868 in Tilsit geboren und gehörte dem Preußischen Abgeordnetenhause vom 3. November 1898 ab an. Mitglied des Landtages war er seit 1921. Vor dem Kriege war er Mitglied des Reichstages von 1898 an bis zum Jahre 1918.

Die Kinderreichen beim Reichskanzler.

Berlin. Reichskanzler Dr. Brüning empfing eine Vertretung des Vorstandes des Reichsbundes der Kinderreichen unter Führung des Präsidenten Konrad. Die Vertretung berichtete dem Reichskanzler über die gegenwärtige Lage und unterbreitete besondere Wünsche hinsichtlich des sittlichen und wirtschaftlichen Schutzes der Familie im Zusammenhang mit dem Schutz der Kinderreichen.

Raubüberfall auf einen Personenzug.

Budapest. „Donaupost" meldet aus Bukarest: Bei Schulina wurde ein Personenzug von maskierten Räubern angehalten und die Fahrgäste ausgeplündert. Die Räuber erbeuteten ungefähr 320 000 Lei in bar und eine ganze Anzahl wertvoller Gepäckstücke. Verletzt wurde von den Reisenden niemand.

Der Hamburger Hafenarbeiter-Schiedsspruch von beiden Seiten angenommen.

Hamburg. Die am Mittwoch vorgenommene Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Hafenarbeiter-Schiedsspruches ergab keine ¾-Mehrheit für einen Streik, so daß der Schiedsspruch als angenommen gilt. Auch die Arbeitgeber haben sich für die Annahme des Schiedsspruches erklärt. Damit ist der Arbeitsfriede im Hamburger Hafen vorläufig gesichert.

Im Buchdruckergewerbe noch keine Einigung.

Berlin. In der Lohnstreitigkeit im Buchdruckergewerbe führten die Nachverhandlungen über den Schiedsspruch vom 2. Februar 1931 zu keinem Ergebnis. Die Entscheidung liegt nun beim Reichsarbeitsminister.

Diätenverzicht der Nationalsozialisten zugunsten der Erwerbslosen.

Berlin. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat beantragt, die durch den Verzicht der nationalen Opposition auf Teilnahme an den Parlamentssitzungen eingesparten Beträge für Aufwandsentschädigungen bzw. Diäten restlos den bedürftigsten unter den ausgesteuerten Erwerbslosen zuzuführen.

Zwei Milliarden Mark Fehlbetrag in Amerika.

Neuyork. Wie gemeldet wird, erklärte der Unterstaatssekretär im Schatzamt, Ogden Mills, daß er den Fehlbetrag des laufenden Rechnungsjahres auf 500 Millionen Dollar schätze.

Gewinnauszug
5. Klasse 36. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag — 10. Februar 1931

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 245611
4 Gewinne zu 10000 M. 65609 257365
14 Gewinne zu 3000 M. 71596 75116 101788 123612 158559 161730 329483
42 Gewinne zu 2000 M. 1531 63870 70692 101487 110675 121951 127378 152265 177684 185767 187359 228423 239559 258758 263938 277833 343710 352316 362154 373271 390119
108 Gewinne zu 1000 M. 1006 5757 6000 35183 45113 45795 49043 61425 68070 80315 86922 87493 95745 100882 108219 119151 122081 132655 134732 135694 151181 152667 163514 185699 186583 198687 206250 212619 213838 220741 238259 242461 247813 253808 273925 278614 282495 283826 295712 316453 321149 321844 321866 329701 329996 335165 357398 364570 369888 371530 381210 384625 388716 389560
188 Gewinne zu 500 M. 2841 7011 7820 18860 26641 33814 37115 46068 46552 48154 53177 54739 57392 59385 59463 59642 62248 63206 65425 70621 78351 80717 86255 88032 88321 95626 104845 107445 116392 119796 121713 122054 126978 129442 129751 133728 136096 137191 144752 145788 152436 153203 154830 162172 164302 170497 171974 183504 186896 190934 193638 195882 202162 202864 203674 204650 208858 211102 215503 219529 224583 228958 232901 238440 242226 243663 245737 256658 260048 270519 274483 286043 293088 293706 308826 323374 325946 326380 329392 336462 337929 339614 339790 350777 356491 361276 363292 370711 375171 378539 379748 386217 393809 398401

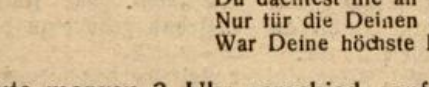
Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 300000, 2 zu je 200000, 4 zu je 100000, 6 zu je 75000, 10 zu je 50000, 26 zu je 25000, 184 zu je 10000, 460 zu je 5000, 940 zu je 3000, 2788 zu je 2000, 5578 zu je 1000, 9232 zu je 500, 27866 zu je 400 Mark.

3. Ziehungstag — 11. Februar 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 25000 M. 122230
4 Gewinne zu 10000 M. 149311 190828
12 Gewinne zu 5000 M. 17363 63618 82715 214629 249358 355845
20 Gewinne zu 3000 M. 1564 12963 69037 113931 118634 148760 179672 216254 234295 293760
50 Gewinne zu 2000 M. 21049 38726 54280 59610 83110 92768 92878 104546 115567 132605 143363 160561 179102 194833 219530 223297 227341 257917 269046 313901 327293 329430 370138 393185 393623
106 Gewinne zu 1000 M. 1529 3926 6565 14271 15343 19454 20677 31591 32672 37892 41549 45719 63137 66319 71051 80091 86386 92843 94195 110200 111946 121346 122499 132219 135055 145339 155416 164426 181970 192065 200455 202329 232830 236645 260219 290283 297306 305641 317754 319679 323481 324795 325103 327352 332647 349429 381297 382853 388606 391107 394428 398889 399851
198 Gewinne zu 500 M. 6885 11184 17279 17940 24067 25665 31993 33565 41247 42399 43178 45065 48769 50004 52178 56484 62165 62735 62796 78872 80883 83980 91781 92341 95713 97968 100213 101455 102462 108890 113176 119904 120747 121410 121523 130904 132617 138386 156306 158899 161203 169771 172324 181105 182070 186619 188946 189848 192415 197975 200665 211063 211240 220784 225593 229883 234445 236569 237998 238272 239170 241654 245467 249583 258062 259496 262363 264468 266523 266815 267079 269980 273404 274015 277011 285229 289540 290276 290397 293391 302000 308850 319485 324421 334134 341784 346015 346307 346526 349794 355589 360357 360542 370179 373078 377529 380161 380343

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Nur Arbeit war dein Leben,
Du dachtest nie an Dich,
Nur für die Deinen streben,
War Deine höchste Pflicht.

Heute morgen 3 Uhr verschied sanft nach langem, schweren Leiden mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Gustav Wülfrath

im Alter von 71½ Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Oberbrügge, den 11. Februar 1931.

Die Beerdigung findet Samstag, den 14. Februar nachmittags 2½ Uhr vom Sterbehause aus statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Nachruf.



Heute verschied nach langem schweren Leiden

Herr Gust. Wülfrath

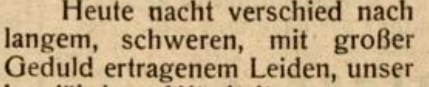
Der Verstorbene war 32 Jahre in meinen Betrieben tätig und hat sich während dieser langen Zeit durch sein fleißiges, gewissenhaftes und ehrliches Wesen meine vollste Zufriedenheit erworben.

Ich werde ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Oberbrügge, d. 11. Febr. 31.

C. H. Steinbach.

Nachruf.



Heute nacht verschied nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden, unser langjähriger Mitarbeiter

Herr Gust. Wülfrath

Durch seinen ehrlichen biederen Charakter, durch seine Treue und Pflichterfüllung, werden wir ihm auch weit über sein Grab hinaus ein dauerndes Andenken bewahren.

Oberbrügge, d. 11. Febr. 31.

Die Angestellten und Arbeiter der Firma C. H. Steinbach.

Mieter-Verein Halver e. V.

Samstag, d. 14. Febr. nachmittags 5 Uhr im Lokale **Karl Kind Leye**

General-Versammlung.

Tagesordnung wird daselbst bekanntgegeben.

Es ist Pflicht, daß jeder Mieter sich von der einschneidenden Wirkung der neuen Verordnung über Reichsmietergesetz u. Mieterschutz sich Klarheit verschafft um sich vor Schaden zu bewahren. Diese Verordnungen treten am 1. April 1931 in Kraft.

Auch Nichtmitglieder sind herzl. willkommen.

Der Vorstand.

Turn-Verein Oeckinghausen 1888.

Am Sonnabend, de 14. ds. Mts. abds 8 Uh

General-Versammlung

im Vereinslokal **„Zum Deutschen Eck"**

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist dringend erforderlich.

Der Vorstand.

Marita

Freudigen und dankbaren Herzens zeigen wir die Geburt unserer Tochter an.

Hermann Lausberg u. Frau
Anita geb. Bernsau.

Düsseldorf, (z. Zt. Luisenkrankenhaus, Degerstr.), den 11. Februar 1931.

Wandplatten und Fliesen

werden bei billigster Berechnung von tücht. Plattenleger gelegt.

Anfragen unter P 829 vermittelt die Geschst. des Allg. Anz. Halver.

Junger Mann

23 Jahre,
sucht zum 1. März Stellung
als Landwirtschafts-Gehülfe
Angebote unter R 411 an die Geschäftsst. Allg. Anzeigers Halver.

Erhalte im Laufe dieses Monats einen Waggon

Drainagerohre

in sämtlich. gangbaren Weiten. Bestellungen erbitte umgehend

Carl Zimmermann
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

Geschäftsbücher

Briefordner
Locher
Farbbänder
Durchschlag-, Schreibmaschinen- u. Kohlepapier

Wilhelm Bell jr.,
Buchdruckerei - Büroartikel.
Halver, Telef. 442.

Empfehle mich in
Lieferung
und
Anpflanzung
sämtlicher

Nadel- u. Laubholzpflanzen

zu billigsten Preisen.

Ernst Küch jr.,
Forstkulturgeschäft,
Elbringhausen b. Kierspe.
Tel. Nr. 667, Amt Meinerzhagen

Elsu- Metall- Holz- **Betten**
Stahlmatr. Kinderb. Schlafzimm., Chaiselong. a. Priv. Ratenz. Katalog 1914 frei
Eisenmöbelfabrik Suhl [Thür.

2 Zimmer-Wohnung

zu vermieten.

Wo, sagt die Geschst. des Allgem. Anzeigers Halver.